

Mehr Opposition im Parlament?

Zukünftig sollen in Singapurs Parlament bis zu neun Abgeordnete der Opposition sitzen und somit gemeinsam mit den bisher bereits neun von der Regierung «nominierten» Abgeordneten die Zahl der nicht der Regierungspartei PAP angehörenden Parlamentarier auf insgesamt 18 erhöhen. Dies teilte der amtierende Premierminister Lee Hsien Loong dem Parlament Ende Mai 2009 mit.

Gleichzeitig verwies der Premier aber darauf, dass eine Repräsentanz der Opposition entsprechend ihrer Stimmenanteile im Parlament damit nicht angestrebt wird. Bei der letzten Parlamentswahl erzielte die Opposition einen Stimmenanteil von insgesamt mehr als einem Drittel, während ihr die neuesten Pläne der Regierung lediglich einen Anteil von etwas mehr als zehn Prozent an den Sitzen im Parlament zugestehen möchte. Die regierende PAP erhofft sich von diesem Schritt mehr divergierende Positionen in den Parlamentsdebatten, ohne das dadurch ihre seit Mitte der sechziger Jahre beherrschende Stellung angefochten werden könnte.

vgl. Reuters, Singapur, 28.5.2009

12.000 Abtreibungen pro Jahr

Etwa 12.000 Abtreibungen verzeichnen die Gesundheitsbehörden Singapurs jedes Jahr. Etwa die Hälfte davon entfallen dabei auf verheiratete Frauen. Als Grund für die von den Behörden als hoch angesehene Zahl der Abtreibungen werden die nur unzureichenden Anstrengungen bei der Verhütung angesehen, die von vielen Singapurern noch immer eher skeptisch betrachtet wird.

vgl. Channel News Asia, 12.7.2009

Erinnerung an den 21. Mai 1987

Mit einer Gedenkveranstaltung hat eine Gruppe von Menschenrechtsaktivisten jener Gruppe von 22 jungen Menschen gedacht, die im Mai 1987 unter dem Vorwurf einer kommunistischen Verschwörung verhaftet worden waren. Bei der öffentlichen Veranstaltung im Hong Lim Park wurde unter anderem eine Botschaft von Francis Seow verlesen, der 1987 als Verteidiger einiger der Angeklagten selber verhaftet wurde und danach das Land verlassen hat.

In seiner Botschaft griff Seow besonders deutlich den ehemaligen Premierminister Lee Kuan Yew

an, dessen persönliches Eintreten für die Verhaftungsaktion er als arrogant und dumm brandmarkte. Die Aktion, die zur Inhaftierung der zumeist als Sozialarbeiter tätigen jungen Menschen führte, beruhte, so Seow, einzig und allein auf der übersteigerten Einbildung Lees. Zumal, abgesehen von einigen unter Zwang zustande gekommenen «Geständnissen», bis heute keine Beweise für den Vorwurf einer kommunistischen Verschwörung zur gewaltsamen Beseitigung der Regierung erbracht wurden.

vgl. Think Centre, Singapur, 20.05.2009

Kein Zufluchtsort für Steuerflüchtlinge mehr

Auch Singapur hat mittlerweile Bereitschaft signalisiert, die von der OECD entwickelten Grundsätze zur Eindämmung von Steuerflucht umzusetzen. Der Stadtstaat stand, zusammen mit Ländern wie Liechtenstein, Schweiz und karibischen Inselstaaten wie den Bahamas und den Cayman Islands, auf einer Liste mit Ländern, deren Steuergesetzgebung und Umgang mit Kapitaltransfers als problema-

tisch eingestuft werden. Neben Hongkong gilt der Staat als einer der wichtigsten Finanzstandorte in der Region, zugleich mehrten sich in den letzten Jahren Berichte, dass Banken und Finanzunternehmen im Stadtstaat auch als Umschlagplätze für dubiose Geldtransaktionen und Geldwäsche, etwa der burmesischen Junta, dienten.

vgl. AFP, Singapur, 6.4.2009

Erster Malaie im Generalsrang

In Singapur ist Ende Juni 2009 zum ersten Mal ein malaiischstämmiger Regimentschef in den Rang eines Ein-Sterne-Generals befördert worden. Bisher waren Mitglieder der malaiischen Bevölkerungsminderheit hohe Positionen in sicherheitsrelevanten Bereichen zumeist verschlossen.

MENDAKI, eine der führenden Interessenvertretungen der Malaien in Singapur, die etwa 14 Prozent der Bevölkerung stellen, wies

darauf hin, dass sich mit der Ernennung eines Malaien zum Brigade-General nun auch auf militärischer Ebene eine Entwicklung fortsetzt, die in den letzten Jahren auch in anderen Bereichen zu beobachten war. An den noch immer deutlichen sozioökonomischen Unterschieden zwischen Malaien und der Bevölkerungsmehrheit der Chinesen hat sich jedoch bisher nur wenig geändert.

vgl. AP, Singapur, 26.6.2009